

Beschlossene Sachanträge BDT 2014

A) Inhaltliche Anträge

- *Inneres*

Antrag 22:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Bundesländer und Kommunen angesichts stark steigender Asylbewerberzahlen finanziell zu unterstützen.

- *Soziales, Familie, Gesundheit*

Antrag 3:

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland fordert, für alle Personen, die sich in der Ausbildung befinden (hierzu gehören auch Personen, die Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales Jahr o.ä. leisten), eine GEZ-Gebührenbefreiung.

Antrag 22.2

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich für eine Veränderung der Integrationsdebatte aus, die für ein Miteinander, statt dem jetzigen Nebeneinander der Religionen und Kulturen in unserem Land eintritt. Diese Debatte darf keinesfalls auf den Schultern der Muslime „mit dem erhobenen Zeigefinger“ geführt werden. Allerdings darf sie auch nicht, wie die jetzige Debatte aus einem missverstandenen Toleranzbegriff heraus, die Augen vor Problemen verschließen.

- *Wirtschaft, Finanzen, Arbeit*

Antrag 28:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Abschaffung der 1- und 2-Cent Münzen.

Antrag 29:

Die Junge Union im Bezirksverband spricht sich weiterhin für eine sparsame Haushaltsführung auf Bundesebene aus. Insbesondere ist in diesem Haushaltsjahr das Ziel der „schwarzen Null“ unbedingt einzuhalten.

Antrag 32:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich für ein verfassungskonformes Gesetz zur Tarifeinheit in Deutschland aus.

- *Infrastruktur, Verkehr*

Antrag 5:

Im Sommer 2014 startete die von der Landesverkehrswacht Niedersachsen und dem Landesverkehrsministerium in Zusammenarbeit mit den Landkreisen initiierte Verkehrssicherheitskampagne „Bäume springen nicht zur Seite“. Anlass dieser Initiative gegen Baumunfälle seien laut Angaben der Landesverkehrswacht die hohen Unfallzahlen. Niedersachsen sein das Bundesland mit der höchsten Anzahl an Baumunfällen in Deutschland.

Mit Plakaten und sogenannten Dialogdisplays sollen Verkehrsteilnehmer sensibilisiert werden. Außerdem sieht die Kampagne vor, dass in einem dreijährigen Modellprojekt präventive Geschwindigkeitsbeschränkungen auf kritischen Strecken angeordnet werden (landesverkehrswacht.de/aktion).

Die Junge Union Osnabrück-Emsland begrüßt ausdrücklich den Einsatz der Landesverkehrswacht Niedersachsen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit aus Niedersachsens Straßen.

Dem neu installierten Schilderwald (beispielsweise im Landkreis Emsland) nach zu urteilen, handelt es sich bei annähernd jeder zweiten Landstraße, die durch ein Waldgebiet oder an Baumbestand vorbeiführt, um sogenannte kritische Strecken im Sinne der Kampagne „Bäume springen nicht zur Seite“. Bemerkenswert ist, dass man offensichtlich weniger auf den Einsatz von Informationsschildern setzt, sondern weiträumig, ohne genauere Differenzierung, mittels zusätzlicher Verkehrsschilder über kilometerlange Streckenabschnitte Tempo 80 anordnet.

Dieses Vorgehen ist unserer Meinung nach wenig zielführend. Es suggeriert, dass die vorgenannten Bäume bei Tempo 80 zur Seite springen würden. Die Geschwindigkeitsbeschränkungen stellen jedoch nicht nur eine Bevormundung sämtlicher Verkehrsteilnehmer in deren Eigenschaft als eigenverantwortliche Fahrer dar und verursachen eine unnötige Verkehrsrosselung im ländlichen Raum, sondern sie verkennen auch die Hauptursache von Baumunfällen. Die Landesverkehrswacht selbst begründet das Abkommen von der Fahrbahn mit oftmals überhöhter Geschwindigkeit. Schon per Definition kann dies laut StVO geltende Höchstgeschwindigkeit für Landstraßen nicht als überhöht bezeichnet werden. Als überhöht ist demnach eine Geschwindigkeit oberhalb von 100 Stundenkilometern anzusehen.

Gerade für Ortschaften, ohne angrenzende Bundesstraßen oder Autobahnen, bedeuten die „Tempo 80 Zonen“ eine deutliche Verschlechterung der Infrastruktur und Erreichbarkeit. Vor allem für Berufspendler und Vielfahrer sind damit enorme Einschränkungen im Alltag auf den Landstraßen verbunden.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich daher für eine Wiederabschaffung der „Tempo 80 Zonen“ aus. Wir empfehlen den Verantwortlichen stattdessen, mittels Geschwindigkeitsüberwachungen an kritischen Stellen die Einhaltung der dann wieder geltenden Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h zu kontrollieren und im Einzelfall zusätzliche Überholverbote einzurichten. Weiterhin könnten baumreiche Straßenabschnitte mit zusätzlichen Schutzplanken ausgestattet werden.

Die Umsetzung der Kampagne „Bäume springen nicht zur Seite“ ist nach unserer Ansicht symptomatisch für die rot-grüne Bevormundungspolitik der aktuellen Landesregierung.

Antrag 9:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland lehnt es ab, in niedersächsischen Städten und Gemeinden ÖPNV-Zwangs-Flatrates einzuführen.

Antrag 17:

Die JU fordert, auf die Einführung einer Maut für Ausländer zu verzichten.

- *Umwelt, Energie*

Antrag 1:

Die Junge Union im Bezirksverband freut sich über die Veröffentlichungen von EXXON zum chemiefreien Fracking und fordert eine ergebnisoffene Diskussion zum Fracking in unserem Bezirk.

Antrag 36:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland stellt sich hinter das Bundesjagdgesetz und das mit dem Grund und trennbar verbundene Jagdrecht in Deutschland und Niedersachsen.

Weitere Beschneidungen des Jagdrechts, sowie Änderungen der Jagd- und Schonzeiten wie sie momentan von einigen grünen Landesministern bundesweit durchgedrückt werden und welche nicht sachorientiert sind, sondern auf ideologisch emotionaler Basis gefordert bzw. beschlossen werden lehnt die Junge Union ab. Bei Reformen im Rahmen des Jagdrechts müssen Jägerschaften der erste Ansprechpartner für das zuständige Ministerium sein.

Antrag 38:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland kritisiert scharf die seit dem 20. Oktober 2014 in Kraft getretene Reform der forstlichen Förderrichtlinie für den niedersächsischen Privatwald sowie deren monatelange Außerkraftsetzung und Blockierung durch das vom niedersächsischen Landwirtschaftsminister Meyer geführte Ministerium.

Ebenfalls wird der Ausschluss der Baumart Douglasie von der Förderung als unsachlich, ideologisch motiviert, unwirtschaftlich und im Hinblick auf den Klimawandel unökologisch kritisiert.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine Rückkehr zur alten Förderrichtlinie sowie eine Entschädigung der Kleinunternehmen und Baumschulen bei denen durch die Aussetzung ein hoher wirtschaftlicher Schaden entstanden oder zu erwarten ist.

- *Bildung, Wissenschaft*

Antrag 27:

Die Junge Union Bezirksverband Osnabrück-Emsland fordert die rot-grüne Landesregierung zur Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte auf.

Antrag 34:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landkreise in der Region auf, eigene Förderprogramme für das Ausbilden (und im Anschluss weiter zu beschäftigen) von EU-Bürgern aufzulegen bzw. zu stärken. Zudem sollen diese Förderprogramme als Anlaufstelle sowohl für potenzielle Auszubildende als auch für potenzielle Arbeitgeber/Unternehmen dienen.

- *Landwirtschaft*

Antrag 13:

Die JU fordert die rot-grüne Landesregierung auf, von einer diskriminierenden Regulierung der Landwirtschaft abzusehen.

Antrag 37:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland befürwortet eine flächendeckende Ausweitung und einen massiven landesweiten Ausbau des Blühstreifenprogramms in Niedersachsen sowie eine deutlich effektivere Subventionierung durch staatliche Fördermittel.

Die Anlage von Blühstreifen an Ackerflächen muss für Landwirte noch attraktiver gestaltet werden, damit zukünftig die Anlage von Blühstreifen in der niedersächsischen Kulturlandschaft eine Selbstverständlichkeit ist.

Antrag 40:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, dass es kein Verbot und keine Änderung im Gesetz zur betäubungslosen Kastration und des Schwanzkupierens bei Ferkeln gibt, bevor es nicht eine praxistaugliche und ausreichend geprüfte Alternative gibt, die keine unzumutbare Mehrarbeit für den Landwirt oder eine Verschlechterung des Tierwohls oder -schutzes darstellt.

- *Verteidigung*

Antrag 24:

Die JU fordert zu prüfen, ob man bezüglich der laufenden Rüstungsprojekte bis zur vollen Einsatzfähigkeit Zwischenlösungen beschaffen sollte.

Antrag 31:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass das von der NATO vorgegebene Ziel von Ausgaben für den Rüstungshaushalt in Höhe von 2% des Bruttoinlandproduktes erreicht wird.

B) Organisatorische Anträge

Antrag 2:

Die Junge Union fordert den Bezirksvorstand auf, den endgültig beschlossenen Leit Antrag sowie die beschlossenen Sachanträge regelmäßig nach den Bezirksdelegiertentagen auf der Homepage des JU-Bezirksverbandes als inhaltliche Position zur Verfügung zu stellen.

Auch wäre es wünschenswert, wenn die für die letzten Jahre nachgeholt würde.

Antrag 4:

Wir fordern den Bezirksvorstand auf, ab dem nächsten Leit Antrag des Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland, am Ende belegende Quellen zur weiteren Information als Übersichtsliste darzustellen.

Antrag 11:

Der Bezirksvorstand der Jungen Union Osnabrück-Emsland wird den kommenden Bezirksdelegiertentagen Rechenschaft darüber ablegen, was mit den Leit- und Sachanträgen geschehen ist.

Weiterhin wird vom Bezirksvorstand eine Datenbank mit allen verabschiedeten Leit- und Sachanträgen angefertigt, die für die Mitglieder des Bezirksverbandes einsehbar ist.

Antrag 35:

Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, sich um eine gemeinsame Aktivität mit Jugendorganisationen von europäischen Schwesterparteien zu bemühen (zu Beginn 1x pro Jahr).